

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Literaturverzeichnis	XXXV
Kapitel 1. Grundlagen	1
Kapitel 2. Die Durchsuchung	13
A. Begriff	13
B. Voraussetzungen	15
C. Grenzen	73
D. Die Durchführung der Durchsuchung	87
E. Verhaltensempfehlungen	136
F. Rechtsschutz gegen die Durchsuchung	154
G. Verwertungsverbote	184
Kapitel 3. Beschlagnahme	207
A. Begriff	207
B. Übersicht über das System der strafprozessualen Sicherstellungsarten	213
C. Voraussetzungen der Beweismittelbeschlagnahme	214
D. Grenzen	245
E. Durchführung der Beschlagnahme	293
F. Verhaltensempfehlungen für den Betroffenen	303
G. Rechtsschutz gegen Beschlagnahmemaßnahmen	306
H. Verwertungsverbote	307
I. Besonderheiten bei der Beschlagnahme	309
Kapitel 4. Durchsuchung und Beschlagnahme im EDV-Bereich	349
A. Allgemeines	349

B. Online-Durchsuchung	350
C. Der Zugriff auf EDV-Daten	354
Kapitel 5. Durchsuchung und Beschlagnahme im Wege der Rechtshilfe	367
A. Allgemeines	367
B. Deutschland als ersuchter Staat (eingehende Rechtshilfeersuchen)	371
C. Deutschland als ersuchender Staat (ausgehende Rechtshilfeersuchen)	386
D. Ausblick: Die Europäische Beweisanordnung zur Erlangung von Sachen, Schriftstücken und Daten zur Verwendung in Strafsachen	389
Kapitel 6. Durchsuchung und Beschlagnahme bei Banken und Unternehmen	393
A. Besonderheiten der Durchsuchung von Unternehmen	393
B. Gesamtkonzept für den richtigen Umgang von Unternehmen mit dem Thema Unternehmensdurchsuchung	399
Verzeichnis der Checklisten	418
Stichwortverzeichnis	419

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	XII
Abkürzungsverzeichnis	XXXII
Literaturverzeichnis	XXXV
Kapitel 1. Grundlagen	1
A. Die praktische Bedeutung von Durchsuchungen und Beschlagnahmen	1
B. Die Stellung von Durchsuchung und Beschlagnahme im System der strafprozessualen Zwangsmaßnahmen	5
C. Zweckbestimmung und Eingriffscharakter von Durchsuchung und Beschlagnahme	7
I. Zweckbestimmung	8
II. Eingriffscharakter	9
Kapitel 2. Die Durchsuchung	13
A. Begriff	13
B. Voraussetzungen	15
I. Durchsuchung beim Verdächtigen gemäß § 102	15
1. Verdächtiger	15
2. Auffindungsvermutung	19
3. Durchsuchungszweck	22
a) Zweck der Ermittlungsdurchsuchung	22
b) Zweck der Ergreifungsdurchsuchung	23
4. Durchsuchungsobjekte	24
5. Richterliche Durchsuchungsanordnung	27
a) Erforderlichkeit	27
b) Zuständigkeit	29
c) Form	32
d) Prüfungskompetenz des anordnenden Richters	35
e) Anhörung des Betroffenen	36
f) Notwendiger Inhalt der Durchsuchungsanordnung gemäß § 102	38
aa) Formelle Voraussetzungen	38
bb) Angabe des Beschuldigten	38

cc) Strafbarkeitsvorwurf	40
dd) Durchsuchungsobjekte	42
ee) Angabe des Durchsuchungszwecks und der Beweismittel	43
ff) Auffindungsvermutung	44
gg) Verhältnismäßigkeit	45
hh) Zusammenfassung	47
g) Checkliste für die Rechtmäßigkeitsprüfung eines Durchsuchungsbeschlusses gemäß § 102	47
h) Originalbeispiel für einen rechtswidrigen Durchsuchungsbeschluss	48
6. Anordnung bei Gefahr im Verzug	51
a) Voraussetzungen und Dokumentationspflich- ten	51
b) Justizierbarkeit	57
c) Folgen der fehlerhaften Bejahung von Gefahr im Verzug	59
d) Checkliste für die Rechtmäßigkeitsprüfung einer Durchsuchungsanordnung auf Grund von Gefahr im Verzug	61
II. Durchsuchung bei anderen Personen gemäß § 103	61
1. Allgemeine Voraussetzungen	62
2. Andere Personen	62
3. Durchsuchungszweck und Auffindungsvermu- tung	63
a) Ermittlungsdurchsuchung	64
b) Ergreifungsdurchsuchung	66
4. Durchsuchungsobjekte	67
5. Die Gebäudedurchsuchung nach § 103 I 2	68
6. Die Ausnahmeregelung des § 103 II	71
7. Checkliste für die Rechtmäßigkeitsprüfung eines Durchsuchungsbeschlusses gemäß § 103	72
C. Grenzen	73
I. Zeitlicher Geltungsbereich	73
II. Inhaltliche Grenzen	76
III. Verhältnismäßigkeit	78
IV. Beendigung der Durchsuchung und Verbrauch des Durchsuchungsbeschlusses	83
V. Verfahrenshindernisse	86
D. Die Durchführung der Durchsuchung	87
I. Beginn der Durchsuchung	87
II. Hinzuziehung des Inhabers nach § 106	89

III. Hinzuziehung von Zeugen gemäß § 105 II	91
IV. Nächtliche Haussuchung nach § 104	94
1. Allgemeines	94
2. Nachtzeit	95
3. Ausnahmen	96
a) Sachverhaltsbezogene Ausnahmen (§ 104 I)	97
aa) Verfolgung auf frischer Tat	97
bb) Gefahr im Verzug	97
cc) Wiederergreifung eines entflohenen Gefangen	98
b) Räumlichkeitsbezogene Ausnahmen (§ 104 II)	98
4. Einwilligung	101
5. Checkliste für die Rechtmäßigkeitsprüfung einer nächtlichen Haussuchung gemäß § 104 ..	101
V. Anwesenheitsrecht des Verteidigers	102
VI. Telefonsperrre	104
VII. Fotografieren	106
VIII. Festhalten von Störern	107
IX. Bekanntmachung, Mitteilung, Verzeichnisse gemäß § 107	109
X. Zufallsfunde	111
XI. Die Durchsicht von Papieren gemäß § 110	116
1. Zweck des § 110	116
2. Papiere	119
3. Durchsicht	121
4. Im Rahmen der Durchsuchung	121
5. Betroffener	122
6. Durchführungskompetenz	122
7. Siegelung	126
8. Teilnahme des Beschuldigten an der Entsiegelung und Durchsicht?	128
9. Auswirkungen der Durchsicht der Papiere auf die Fortdauer der Durchsuchung	130
10. Bewertung der derzeitigen Regelung des § 110	135
11. Checkliste für die Rechtmäßigkeitsprüfung bei der Durchsicht von Papieren gemäß § 110	136
E. Verhaltensempfehlungen	136
I. Verhalten des Beschuldigten bei der Durchsuchung	136
II. Verhalten des nichtbeschuldigten Betroffenen iSd § 103	139

III. Verhalten des Verteidigers	142
IV. Verhalten der Durchsuchungsbeamten	149
F. Rechtsschutz gegen die Durchsuchung	154
I. Modifikation des Rechtsschutzsystems durch Rechtsprechungswandel	154
1. Erweiterung der Rechtsschutzmöglichkeiten gegen abgeschlossene Durchsuchungen	154
2. Partielle Vereinheitlichung der statthaften Rechtsbehelfe	157
II. Übersicht über das Rechtsschutzsystem im Bereich der Durchsuchung	158
1. Rechtsschutz bei Anordnung der Durchsuchung durch einen Richter	158
a) Beanstandung einer richterlichen Durchsuchungsanordnung	158
b) Beanstandung der Art und Weise der Durchführung einer richterlich angeordneten Durchsuchung	159
2. Rechtsschutz bei der Anordnung der Durchsuchung durch die Staatsanwaltschaft bzw. Polizei	160
3. Übersicht	162
4. Ein und dieselbe Rechtsbehelf bei gleichzeitigen verschiedenartigen Angriffen?	163
5. Die einzelnen Rechtsbehelfe	166
a) Beschwerde	166
b) Antrag auf gerichtliche Entscheidung entsprechend § 98 II 2	169
c) Verfassungsbeschwerde	171
d) Dienstaufsichtsbeschwerde	173
aa) Positive Auswirkungen	174
bb) Negative Auswirkungen	175
e) Revision	175
6. Vor- und Nachteile der Einlegung eines Rechtsbehelfs	177
a) Gesichtspunkte, die <i>gegen</i> die Einlegung eines Rechtsbehelfs sprechen	177
b) Gesichtspunkte, die <i>für</i> die Einlegung eines Rechtsbehelfs sprechen	181
G. Verwertungsverbote	184
I. Unselbstständige Verwertungsverbote	185
1. Beweiserhebungsverbote und (unselbstständige) Beweisverwertungsverbote	185

	<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XIX
2. Rechtskreistheorie	186	
3. Berücksichtigung hypothetischer Ermittlungsverläufe	187	
II. Selbstständige Verwertungsverbote	190	
III. Fernwirkung von Beweisverwertungsverboten	191	
IV. Die einzelnen Verwertungsverbote	192	
1. Fehlerhafte Durchsuchungsanordnungen und Verwertungsverbote	192	
a) Fehlen einer Durchsuchungsanordnung	192	
b) Zugrundelegung der falschen Eingriffsnorm	195	
aa) § 102 statt § 103	195	
bb) § 103 statt § 102	196	
c) Unwirsamer Durchsuchungsbeschluss wegen Zeitablaufs	197	
d) Unbestimmter Durchsuchungsbeschluss	197	
e) Fehlerhafte Annahme von Gefahr im Verzug	198	
aa) Die willkürliche Annahme von Gefahr im Verzug	198	
bb) Die irrtümliche Bejahung von Gefahr im Verzug	199	
2. Verwertungsverbote auf Grund von Fehlern bei der Durchführung der Durchsuchung	200	
a) Durchsuchung zur Nachtzeit	200	
b) Unterlassene Beiziehung von Zeugen	200	
c) Verletzung des Anwesenheitsrechts	201	
d) Verstoß gegen die Mitteilungspflicht	201	
e) Planmäßige Suche nach Zufallsfunden	202	
f) Verstoß gegen § 108 II	204	
g) Verstöße bei der Durchsicht von Papieren	204	
3. Übersicht über die Verwertungsverbote im Zusammenhang mit Durchsuchungsmaßnahmen	206	
Kapitel 3. Beschlagnahme	207	
A. Begriff	207	
I. Formlose Sicherstellung	208	
II. Beschlagnahme	209	
III. Erzwingung der Herausgabe	210	
B. Übersicht über das System der strafprozessualen Sicherstellungsarten	213	
C. Voraussetzungen der Beweismittelbeschlagnahme	214	
I. Zweck	214	
II. Beschlagnahmefähige Gegenstände	215	

III. Potenzielle Beweisbedeutung	216
IV. Geltung des Legalitätsprinzips	220
V. Richterliche Beschlagnahmeanordnung	221
1. Zuständigkeit	221
2. Form	222
3. Prüfungskompetenz des anordnenden Richters	223
4. Anhörung des Betroffenen	223
5. Notwendiger Inhalt der Beschlagnahmeanordnung	224
a) Formelle Voraussetzungen	224
b) Angabe des Beschuldigten	224
c) Angabe des Strafbarkeitsvorwurfs	225
d) Konkrete Bezeichnung der beschlagnahmten Gegenstände	226
e) Angabe des Beschlagnahmezwecks und der Beweisbedeutung	228
f) Verhältnismäßigkeit	230
g) Verbindung mit einer Durchsuchungsanordnung	230
h) Beispiel für verbundenen Durchsuchungs- und Beschlagnahmeverschluss	231
6. Checkliste für die Rechtmäßigkeitsprüfung einer richterlichen Beschlagnahmeanordnung	233
VI. Anordnung bei Gefahr im Verzug	233
1. Voraussetzungen	233
2. Einholung der richterlichen Bestätigung	235
a) Voraussetzungen	235
aa) Antragspflicht	235
bb) Erwachsener Angehöriger	236
(1) Angehöriger	236
(2) Erwachsener	237
cc) Betroffener	237
dd) Antrag der Ermittlungsbeamten	238
ee) Antrag des Betroffenen	238
b) Frist	239
c) Zuständigkeit	240
d) Belehrung	241
e) Sonderfall: Beschlagnahme nach Erhebung der öffentlichen Klage (§ 98 III)	241
3. Checkliste für die Rechtmäßigkeitsprüfung einer wegen Gefahr im Verzug erlassenen Beschlagnahmeanordnung	242

VII. Sonderregelung für Beschlagnahme bei der Bundeswehr	243
D. Grenzen	245
I. Zeitlicher Geltungsbereich	245
II. Verhältnismäßigkeit	246
III. Beschlagnahmeverbote	247
1. Beschlagnahmeverbote des § 97	247
a) Geschützte Vertrauensverhältnisse	248
aa) Die gem. § 52 zeugnisverweigerungsberechtigten Personen	248
bb) Die gem. § 53 I Nr. 1–3b zeugnisverweigerungsberechtigten Personen	250
cc) Abgeordnete	255
dd) Die gem. § 53a zeugnisverweigerungsberechtigten Personen	254
ee) Mitarbeiter von Presse und Rundfunk ..	257
b) Geschützte Gegenstände	260
aa) § 97 I Nr. 1 – schriftliche Mitteilungen	260
bb) § 97 I Nr. 2 – Aufzeichnungen	262
cc) § 97 I Nr. 3 – andere Gegenstände	264
c) Gewahrsamerfordernis	270
d) Ausnahmen vom Beschlagnahmeverbot	276
aa) Verdacht der Tatbeteiligung der zeugnisverweigerungsberechtigten Person	276
bb) Tatverstrickung des Gegenstandes	278
cc) Freiwillige Herausgabe des Gewahrsamsinhabers	280
e) Späterer Wegfall bzw. nachträgliche Entstehung eines Beschlagnahmeverbots	282
aa) Späterer Wegfall eines Beschlagnahmeverbots	282
bb) Nachträgliche Entstehung eines Beschlagnahmeverbots	283
f) Auswirkungen des Beschlagnahmeverbots	284
g) Übersicht zu den Beschlagnahmeverboten des § 97	286
2. Sonstige Beschlagnahmeverbote	287
a) Einfachgesetzliche Beschlagnahmeverbote	287
aa) Beschlagnahmeschutz des Verteidigers gem. § 148	287

bb) Beschlagnahmeverbot für Behördenakten bei Vorliegen einer Sperrerkündigung gem. § 96	288
cc) Beschlagnahmeverbot aus dem Sozialgeheimnis gem. § 35 SGB I	290
b) Verfassungsrechtliche Beschlagnahmeverbote	291
aa) Beschlagnahmeverbot abgeleitet aus Art. 2 I i. V. m. Art. 1 I GG bzw. aus dem Nemo-tenetur-Prinzip	291
bb) Beschlagnahmeverbot für Abgeordnete gem. Art. 47 GG	291
cc) Beschlagnahmeverbot abgeleitet aus dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	292
3. Übersicht über die Beschlagnahmeverbote	293
E. Durchführung der Beschlagnahme	293
I. Zwangsanwendung	293
II. Kennzeichnung der beschlagnahmten Gegenstände	295
III. Fotokopien	296
IV. Dauer der Verwahrung	298
V. Rückgabe der sichergestellten bzw. beschlagnahmten Gegenstände	299
F. Verhaltensempfehlungen für den Betroffenen	303
G. Rechtsschutz gegen Beschlagnahmemaßnahmen	306
H. Verwertungsverbote	307
I. Besonderheiten bei der Beschlagnahme	309
I. Postbeschlagnahme gem. § 99	309
1. Voraussetzungen	309
2. Zuständigkeit	312
3. Form und Inhalt der Anordnung	313
4. Durchführung	314
5. Grenzen	316
6. Rechtsschutz	317
II. Führerscheinbeschlagnahme	318
1. Voraussetzungen für die vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis	318
2. Anordnung der Fahrerlaubnisentziehung	322
3. Beschlagnahme des Führerscheins	323
4. Aufhebung der Fahrerlaubnisentziehung	325
5. Rückgabe des sichergestellten Führerscheins	327
6. Rechtsmittel	327

III. Die körperliche Untersuchung des Beschuldigten	328
gem. § 81 a	328
1. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	328
a) Allgemeines	328
b) Zuständigkeit für die Anordnung	329
c) Inhalt der Anordnung	329
d) Zuständigkeit für die Durchführung	332
e) Untersuchungszweck	333
f) Keine Gefahr gesundheitlicher Nachteile	334
g) Einhaltung der Regeln der ärztlichen Kunst	335
h) Einwilligung des Beschuldigten	335
i) Duldungspflichten des Beschuldigten	336
2. Einzelfälle	337
a) Zulässige Maßnahmen	337
b) Unzulässige Maßnahmen	338
3. Rechtsbehelfe	339
4. Verwertungsverbote	340
IV. Die körperliche Untersuchung anderer Personen	
gem. § 81 c	342
1. Körperliche Untersuchungen gem. § 81 c I	342
a) Zeugengrundsatz	342
b) Spurengrundsatz	343
2. Abstammungsuntersuchungen und Blutprobenentnahmen gem. § 81 c II	344
3. Einwilligung des Betroffenen	345
4. Untersuchungsverweigerungsrecht gemäß § 81 c III	346
5. Zumutbarkeitserfordernis	347
6. Anwendung von Ordnungs- oder Zwangsmitteln	347
V. Vermögensbeschlagnahme	348
Kapitel 4. Durchsuchung und Beschlagnahme im EDV-Bereich	349
A. Allgemeines	349
B. Online-Durchsuchung	350
C. Der Zugriff auf EDV-Daten	354
I. Die Beschlagnahme von EDV-Daten	354
II. Der Zugriff auf E-Mail-Verkehr	356
1. Technischer Ablauf der Kommunikation via E-Mail	356
2. Rechtliche Bewertung	357

III. Durchsicht von EDV-Anlagen und Daten gem. § 110	361
1. Durchsicht gem. § 110 I, II	361
2. Die Durchsicht elektronischer Speichermedien gem. § 110 III	363
IV. Verhältnismäßigkeit	365
Kapitel 5. Durchsuchung und Beschlagnahme im Wege der Rechtshilfe	367
A. Allgemeines	367
B. Deutschland als ersuchter Staat (eingehende Rechtshilfeersuchen)	371
I. Der Ablauf des innerstaatlichen Rechtshilfeverfah- rens	371
1. Das Zulässigkeitsverfahren	371
2. Das Bewilligungsverfahren	372
3. Vornahmeverfahren	374
II. Rechtsschutz	376
III. Rechtshilfeersuchen auf Durchsuchung, Beschlagnahme und Herausgabe	379
1. Durchsuchung und Beschlagnahme, § 67 IRG	380
2. Die Herausgabe von Gegenständen, § 66 IRG	382
C. Deutschland als ersuchender Staat (ausgehende Rechtshilfeersuchen)	386
D. Ausblick: Die Europäische Beweisanordnung zur Erlangung von Sachen, Schriftstücken und Daten zur Verwendung in Strafsachen	389
Kapitel 6. Durchsuchung und Beschlagnahme bei Banken und Unternehmen	393
A. Besonderheiten der Durchsuchung von Unterneh- men	393
I. Durchsuchung und Bankgeheimnis	393
II. Besonderheiten beim Ablauf	395
1. Der äußere Durchsuchungsablauf	395
2. Risiken	396
a) Wirtschaftliche Risiken	396
b) Juristische Risiken	397
B. Gesamtkonzept für den richtigen Umgang von Unternehmen mit dem Thema Unternehmens- durchsuchung	399
I. Vorfeldberatung	399

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XXV
1. Auswahl eines Koordinators	400
2. Ausarbeitung schriftlicher Handlungsanweisungen	401
3. Beispiel für schriftliche Verhaltensempfehlungen	402
4. Instruktionsgespräch	404
II. Verhalten im Durchsuchungsfall	408
1. Allgemeine Hinweise	408
2. Checkliste für richtiges Verhalten im Durchsuchungsfall	413
III. Kundeninformation	414
IV. Umgang mit der Presse	416
Verzeichnis der Checklisten	418
Stichwortverzeichnis	419